An den Bundesrat, den Nationalrat und den Ständerat   
Bundeshaus  
**Bern**

4. Mai 2011

**Politische Meinungsumfragen vor Wahlen und Abstimmungen (Motion Mörgeli)**

**Plädoyer für Fortsetzung der Debatte**

**Anlass ist das SRG-Wahlbarometer „Die politische Stimmung in der Schweiz nach Fukushima“.**

**Longchamp soll Bundesrat und Bundesversammlung vorrechnen, wie er aus den „Rohdaten“**

**86 Stimmen für GLP, 175 für Grüne, 151 für CVP, 265 für FDP, 352 für SP, 340 für SVP**

**die von der SRG publizierten Wahlbarometerzahlen destilliert hat**

**GLP 6% Grüne 11% CVP 13% FDP 15% SP 18% SVP 30%**

Sehr geehrte Damen und Herren,

Der Umgang mit Meinungsumfragen im Vorfeld von Wahlen und Abstimmungen soll nach dem Willen des Nati­o­nalrates am 2. März 2011 nicht gesetzlich geregelt werden. Sowohl ein Verbot als auch ein Erlass von Vorschrif­ten wurde mit 83 zu 72 Stimmen bzw. 80 zu 72 abgelehnt. Diese Vorstösse waren durch das demoskopische Fias­ko bei der Minarettverbots-Initiative im November 2009 ausgelöst worden. Claude Long­champ sagte 10 Tage vor der Ab­stim­mung eine klare Nein-Mehrheit voraus: 53% Nein und 37% Ja und 10% un­ent­schlossen. Das Resultat war dann 57% Ja und 43% Nein. Rein von den Zahlen her wäre das wegen der 10% Unent­schlossenen innerhalb des Feh­ler­berei­ches von Umfragen, wenn Longchamp nicht Ja mit Nein verwechselt hätte.

Der Bundesrat hat sich mit seiner Argumentation im Nationalrat durchgesetzt. In seiner Stellungnahme[[1]](#footnote-1) vom 24. No­vember 2010 führte er aus, die Selbst­regulierung der Branche sei einer gesetzlichen Regelung klar vorzuzie­hen. Der Branchenverband vsms habe, wie der Bundesrat in der Antwort schon früher (27.02.2008) auf eine Mo­tion[[2]](#footnote-2) von Stände­rat Büttiker aus­führ­te, Richtlinien zur Durchführung von abstimmungs- und wahlbezogenen Umfragen erlassen. Durch eine gesetzli­che Regelung der Umfragenmethodik würden demoskopische Erhebungen mit einem quasi staatlichen Gütesiegel verse­hen. Darin bestehe eine grosse Gefahr. Die gewünschten Verbesse­rungen bezüg­lich Wahl- und Abstim­mungs­erhebungen lassen sich nach Auffas­sung des Bundesrates nicht auf dem Wege der Gesetz­gebung, sondern primär über den Weg eines gesunden und selbstregulierten Wettbewerbs zwischen politik­wissenschaftli­cher For­schung und privaten Instituten erreichen.

Was den Einfluss der Umfrage auf das Abstimmungsergebnis betreffe, habe die von der SRG in Auftrag gegebe­ne Studie[[3]](#footnote-3) gezeigt, dass mit grosser Wahrscheinlichkeit die Stimmbe­rech­tig­ten weder in ihrem Entscheidungsverhal­ten noch in der Beteiligungsab­sicht beinflusst worden seien. Ein klei­ner Schönheitsfehler die­ser Studie mag darin bestehen, dass deren Autoren ein inniges Verhältnis zu Longchamp pflegen[[4]](#footnote-4). Zudem sind sie ebenfalls im Um­fra­ge­sumpf tätig und ernähren sich ganz gut davon. Es wäre gerade­zu unmensch­lich von ih­nen zu erwarten, dass sie bei der Trockenlegung ihrer Biotope selber Hand anlegen. So paradox es ist, aber die bei­den schossen mit ihrer Studie ein veritables Eigentor. Auf S. 19 findet sich das Eingeständnis, die Wiederholung der Umfrage **nach** der Abstimmung - es wurden 1008 **Wähler** nachbefragt (für die Vox-Analyse) - habe erneut eine Nein-Mehrheit ergeben! Das goldene Kalb der CH-Demoskopie - die Vox-Analyse – litt also an der gleichen Krankheit wie die Longchampsche-Umfrage. Das kann man auch positiv sehen und daraus „folgern“, die Longchamp­sche Um­frage habe die Stimmberech­tigten nicht beinflusst … . Die Autoren schliessen mit dem Bekenntnis: ***„Kurz, die Grün­de für das „Prognosedesaster“ sind schwer zu eruieren, insbe­sondere, da sich in der Nachbe­fra­gung immer noch mehr Stimmbürger zu einem Nein als zu einem Ja bekannten.“***

Damit platzt die Schlussfolgerung der Studie wie eine Seifenblase. Es scheint, dass sich die für den Bundesrat referieren­de Bundes­kanz­lerin nicht bis auf Seite 19 der 45-seitigen Studie durchgebissen hat.

Um die Hintergründe transparent zu machen, muss man im „Gästebuch“ der Bundeskanzlei etwas zurückblättern. Nach den Nationalratswahlen 2007 hatte Ständerat Büttiker eine Motion[[5]](#footnote-5) eingereicht, in welcher er demoskopi­sche Miss­stände im Vorfeld der Wahl anprangerte und beim Bundesrat für Abhilfe plädierte. Meinungsumfragen soll­ten an gewisse Qualitäts- und Transparenzkriterien geknüpft werden. Sein Anliegen wurde vom Bundesrat mit dem Hin­weis auf die Richtlinien des Branchenverban­des vsms zur Durchführung von abstimmungs- und wahlbe­zo­ge­nen Umfragen vorerst abgewimmelt. Aber damit war die Kuh noch nicht vom Eis. Bei einem Hear­ing am 16. Ok­tober 2008 in der Bundes­kanzlei „*sollten die* *Mög­lichkeiten verbindlicher aussergesetzlicher Absprachen ausgelotet werden*“ - sprich Ver­schärfung der (Swiss Interview) Richt­li­nien für Umfragen vor Wahlen und Abstimmungen. Der Branchenver­band schickte seine besten Zünfter nach Bern. Claude Longchamp war mit dabei.

Das Resultat kann man den Vereinsnachrichten auf Deutsch und Französisch entnehmen. Unter dem Titel[[6]](#footnote-6)

wird über das gelungene Husarenstück in Bern berichtet (vsms info 1/09). Noch nie in der 40-jährigen Geschichte des vsms hätte der Verband die Gelegenheit bekommen, seine Anliegen und Bedürfnisse vor einem so hochkarä­tigen Gremium vorzubringen. Anwesend seien die Bundeskanzlei (Corina Casanova, Oswald Sigg, Hans-Urs Wil­li), die Stände­räte Rolf Büttiker und Maximilian Reimann, usw. gewesen. Das zweistündige Hearing sei opti­mal verlaufen, frohlockt der Verbandschronist und er schreibt genüsslich:

„**Alle für den Verband wichtigen Punkte konnten adäquat vermittelt und durchgebracht werden*“*.**

Dann fährt er fort: „*Zur Zeit würden die Richtlinien von einer Arbeitsgruppe des vsms überarbeitet*“. Von wem? Von Claude Longchamp! Auch Matthias Kappeler (isopublic, Tagesanzei­ger, Sonntagszeitung und le matin) und Werner Reimann (Demoscope, il caffe) sind mit von der Partie. Und so blieb alles beim Alten? Nein! Die Vor­schrift zur Angabe des Fehlerbereiches für Umfragen aus den Neunzigerjahren wurde massiv verwässert. Dass die Richt­linien des Verbandes schon immer eine reine Alibiübung waren, beschrieb C. Longchamp in seinen Umfra­ge­berichten jeweils mit den Worten (Originalzitat, pdf-Kopie):

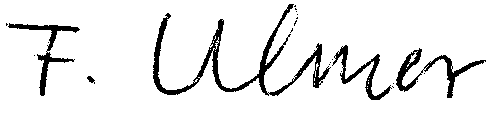


Von dieser Interpretationsfreiheit (oder Narrenfreiheit) wird bis zum Geht-nicht-mehr Gebrauch gemacht. Die Richt­linien des Verban­des (Swiss Interview) enthalten nämlich keine Vorschriften über die Zulässigkeit des Ab­änderns von Umfrageergebnis­sen. Das praktizierte Ausmass wirft die Frage auf, ob Umfragen vor Wahlen eine Art Alibi­übung sind und die Ergeb­nisse auf eine ganz andere Art „ermittelt“ werden. Auch die Ver­heim­li­chung der Tat­sa­che, dass Demoskopen von 60% bis 90% der (für eine Umfrage) ausgesuchten Stimmbe­rech­tigten keine Infor­ma­tion erhalten (Verweigerung, Nichterreichbarkeit etc.), darf verschwiegen werden. Wenn die Öffentlich­keit über diese demoskopischen Missstände informiert werden müsste, würde sich das Problem von selbst lösen.

Detaillierte Ausführungen sind in der beiliegenden Beanstandung des SRG-Wahlbarometers zu finden, die bei der Ombudsstelle von DRS eingereicht wurde. Die SRG kann nun erklären, weshalb CVP und SVP einen Bonus von 3% bzw. 7% erhielten, während Grüne, FDP und SP mit -1%, -2% und -6% zur Kasse gebeten wurden.

Umfragen vor Urnengängen kann man nicht verbieten. Aber man kann für Transparenz sorgen! Das Vorgehen des Bundesrats ist etwa so, wie wenn man nach der Finanzkrise die Ausarbeitung neuer Eigenkapitalvorschriften an die Bankier­ver­ei­ni­gung delegiert, die dann eine Arbeitsgruppe aus Oswald Grübel und Brady Dougan einsetzt.

Mit freundlichen Grüssen

  
Prof. Dr. F. Ulmer

[kontakt@wahlprognosen-info.de](mailto:kontakt@wahlprognosen-info.de)

1. <http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20103642> [↑](#footnote-ref-1)
2. <http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20073805> [↑](#footnote-ref-2)
3. <http://www.srgssrideesuisse.ch/fileadmin/pdfs/2010-08-17_Studie_Freitag_Vatter_de.pdf> [↑](#footnote-ref-3)
4. Der eine Autor (Vatter) war einst sein Hilfsassistent an der Uni Bern, wie er nicht ohne Stolz auf seinem Zoo-Blog berichtet http://www.zoonpoliticon.ch/blog/797/wahlforscher-der-universitat-zurich. Der andere (Freitag) sitzt im Beirat der Vox-Analyse. [↑](#footnote-ref-4)
5. <http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20073805> [↑](#footnote-ref-5)
6. Vsms Info 1/09 <http://www.vsms-asms.ch/uploads/pdf-vsms/vsms_info_1_2009.pdf> Seiten 8 und 9 [↑](#footnote-ref-6)